



Gesund Altern im Schuldienst?

dlh fordert: Wenn Arbeiten bis 67, dann unter gesunden Arbeitsbedingungen!

Bundeskanzler Olaf Scholz hat unlängst gesagt, dass zu viele Bürger vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze mit 67 Lebensjahren in den Ruhestand wechseln. Das mag, rein wirtschaftlich gesehen, richtig sein, greift aber wohl zu kurz.

Es lohnt ein Blick auf die vielfältigen persönlichen Gründe des Einzelnen. Und den sparen die Politiker gern aus. Krankheiten, Burnout, Altersunterschied bei Paaren, zweite Karrieren außerhalb des ausgeübten Berufes oder pflegebedürftige Angehörige u.v.a.m sind gewichtige private Gründe für ein früheres Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, über die niemandem ein Urteil zusteht und die sich nicht mit wirtschaftlicher Sichtweise erfassen lassen.

Aber es sind - leider immer noch - auch unerquickliche Arbeitsbedingungen, die speziell für Ältere in ihrem Lebensentwurf eine wichtige Rolle spielen, obwohl ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben immer mit finanziellen Einbußen verbunden ist.

Die Lehrergewerkschaften Hamburg **dlh** bearbeiten diesen Themenbereich seit Jahren und nehmen die Äußerung des Kanzlers zum Anlass, die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen für Kolleginnen und Kollegen über 63 zu erneuern.

Grundlage dieser Forderung sind arbeitswissenschaftliche Forschungsergebnisse, die eindeutig zeigen, dass sich gleiche Arbeitsbedingungen in verschiedenen Altersgruppen unterschiedlich auswirken. Eine altersgerechte Arbeitsgestaltung ist daher notwendig, wenn man die Leistungs- und die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten erhalten und nutzen möchte. Zunehmende Arbeitsverdichtung, gesellschaftlicher Wandel und zuletzt pandemiebedingte Änderungen im Schulbetrieb sowie Digitalisierung stellen für alle Lehrkräfte eine große Herausforderung dar. Berufseinsteiger sowie die vor dem Ruhestand stehenden Lehrkräfte verdienen unserer Ansicht nach eine besondere Fürsorgepflicht des Dienstherrn, die der **dlh** auch einfordert.

Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsgestaltung für Ältere können in der einzelnen Schule über die regelhafte Gefährdungsanalyse, die an allen Hamburger Schulen stattfindet, eruiert werden. Der **dlh** fordert, diesen Gesichtspunkt in die vom LI unterstützten Prozesse mit aufzunehmen.

Belastungssituationen in der Gruppe der über 63-igen können - ähnlich wie seinerzeit die Gutachten zur Arbeitszeit - von externer und unabhängiger Seite erhoben werden.

Der dlh fordert, dafür die Mittel bereit zu stellen.

Mit den Erkenntnissen aus diesen Prozessen sollte an jeder Hamburger Schule ein Gesundheitsmanagement implementiert werden. Der **dlh** fordert - ähnlich dem Sicherheitsbeauftragten - die Einführung von Gesundheitsbeauftragten, der auch für die speziellen Belange von Älteren zuständig sein könnte. Die Ergebnisse aus deren Arbeit sollten in der Behörde gesammelt werden, damit sie steuernd eingreifen kann.

Dazu fordert der dlh auch die Bereitstellung präventiver Angebote.



Das Hamburger Arbeitszeitmodell kritisiert der **dlh** seit langem. Hamburger Lehrkräfte arbeiten im Schnitt mehr als die Lehrkräfte anderer Bundesländer. Speziell die Altersentlastung fällt in Hamburg erheblich geringer aus als in etlichen anderen Bundesländern.

Der dlh fordert, hier kräftig gegenzusteuern, wenn die Lehrkräfte länger im Dienst bleiben sollen.

Die in Hamburg praktizierten Sabbat-Modelle zum Ende der aktiven Dienstzeit kosten die Kolleginnen und Kollegen viel Geld, halten sie aber nicht länger im Dienst. Der **dlh** fordert deshalb die Wiedereinführung von attraktiven Altersteilzeitmodellen. Flexiblere und unbürokratische Übergangsszenarien in den Ruhestand müssen angedacht und getestet werden.

Um im Unterrichtseinsatz fit zu bleiben, braucht es hinreichende Regenerationszeiten, die im Alter tendenziell zunimmt. Der **dlh** fordert, dies beim Unterrichtseinsatz und der Stundenplangestaltung zu berücksichtigen.

Diese und weitere Maßnahmen bieten ein enormes Potential die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zu steigern, sich bis zum 67. Lebensjahr für den Dienst zu engagieren. Voraussetzung ist grundsätzlich die Gesundheit, die es gilt durch die oben genannten fürsorglichen Maßnahmen zu erhalten und zu stärken.

Der **dlh** hat anlässlich der Äußerung des Kanzlers bei der Behörde angefragt, ob außer vom PÄD festgestellten gesundheitlich Gründen auch andere Motivationen für den Übertritt in den Ruhestand erhoben werden, damit gegengesteuert werden kann ...

Dem Kanzler rufen wir zu: „von nix kommt nix“. Wenn die Bevölkerung freiwillig länger arbeiten soll, muss sich allerhand ändern. Hoffentlich fällt der Verantwortlichen mehr ein, als einfach ein früheres Ausscheiden aus dem aktiven Dienst finanziell unmöglich zu machen.

Der Vorstand des dlh begrüßt Sie ganz herzlich!

Helge Pepperling
Referent für Öffentlichkeitsarbeit im **dlh**